A1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSP (dort beschlossen am: 09.02.2026)

Titel: **Solidarität mit Daniel Günther – weil es nichtmal die eigene Partei schafft!**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

Das Landesschüler*innenparlament positioniert sich klar im aktuellen Rechtsstreit zwischen dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, und der "Medienplattform" NIUS sowie weiteren beteiligten Akteuren.

Inhaltlich teilt das Landesschüler*innenparlament weder die politische Linie noch die inhaltlichen Positionen von Daniel Günther und seiner Partei. Diese inhaltliche Distanz bleibt ausdrücklich bestehen.

Gleichzeitig stellt das Landesschüler*innenparlament fest, dass Daniel Günther mit seinen Äußerungen in der Talkshow "Markus Lanz" nicht die Presse- oder Meinungsfreiheit einschränken oder zensieren will. Vielmehr adressierte Günther hier ganz klar, inwiefern Desinformation und schlechter Journalismus unsere Demokratie bedroht.

Das Landesschüler*innenparlament erklärt ausdrücklich seine Solidarität mit Daniel Günther in der Abwehr antidemokratischer Angriffe und Delegitimierungsversuche. Während seine eigene Partei diese Solidarität nur eingeschränkt oder gar nicht zeigt, steht das Landesschüler*innenparlament an dieser Stelle bewusst an seiner Seite.

Demokrat*innen stehen Seite an Seite mit Demokrat*innen im Kampf gegen Antidemokrat*innen. Die Verteidigung demokratischer Grundwerte, des Rechtsstaates sowie einer freien, aber verantwortungsvollen Presse ist dabei nicht an Parteigrenzen oder politische Meinung gebunden, sondern Ausdruck einer gemeinsamen demokratischen Haltung.

Das Landesschüler*innenparlament bekräftigt abschließend, dass Kritik, Opposition und politische Auseinandersetzung wesentliche Bestandteile einer Demokratie sind – diese jedoch nicht durch Desinformation, persönliche Diffamierung oder antidemokratische Narrative ersetzt werden dürfen.